

Niehues, Judith

Article — Published Version

Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Niehues, Judith (2016) : Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 96, Iss. Sonderheft, pp. 13-18,
<https://doi.org/10.1007/s10273-016-1945-9>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141367>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Judith Niehues

Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich

Verschiedene Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Deutschen die wirtschaftlichen Verhältnisse hierzulande für ungerecht halten. 2014 gaben in einer repräsentativen Allensbach-Erhebung 59% der Befragten an, dass Verdienst und Vermögen in Deutschland nicht fair verteilt seien.¹ Mit dieser kritischen Bewertung der Verteilungsverhältnisse steht Deutschland im europäischen Vergleich nicht allein da. International lassen sich Verteilungsfragen mit dem Modul zur sozialen Ungleichheit des International Social Survey Programme (ISSP) untersuchen.² Dies ist eine repräsentative internationale Umfrage zu sozialwissenschaftlich relevanten Themen. Allerdings wird das Ungleichheitsmodul nur in einem etwa zehnjährigen Turnus erhoben, zuletzt 2009. Die grundsätzlichen Unterschiede in den Einschätzungen zur Ungleichheit zwischen den Ländern erweisen sich aber im Zeitablauf als sehr robust.³

Bei der ISSP-Frage, ob die Einkommensunterschiede im Land als zu groß empfunden werden, stimmten in Deutschland 52,4% „voll und ganz“ zu. In Ungarn, wo die Einkommen deutlich homogener verteilt sind, sehen allerdings 77,5% der Befragten die Einkommensunterschiede im Land sehr kritisch. Dies gilt hingegen nur für weniger als ein Drittel der US-Amerikaner, obwohl sich ihr Land in der Realität durch eine deutlich höhere Einkommensungleichheit auszeichnet. Auch im Vergleich weiterer Länder zeigt sich nahezu kein empirischer Zusammenhang zwischen der tatsächlichen Verteilung der Einkommen und deren Bewertung durch die Bevölkerung. Der Korrelationskoeffizient zwischen dem Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen und dem Anteil der Befragten, die „voll und ganz“ zustimmen, dass die Einkommensunterschiede im jeweiligen Land zu groß seien, beträgt im Sample der europäischen Länder nur 0,26.⁴ Wenn man die USA hinzunimmt, reduziert sich das Zusammenhangsmaß auf 0,08. Der Zusammenhang wird auch dann nicht statistisch signifikant, wenn man anstatt der Nettoeinkommen die Einkommen vor Abgaben und Transfers zugrunde legt. Der

fehlende Zusammenhang zwischen der tatsächlichen Einkommensverteilung und der Beurteilung der Einkommensunterschiede legt die Vermutung nahe, dass die Befragten womöglich gar nicht wissen, wie gleich oder ungleich die Gesellschaft ist, in der sie leben.

Wahrgenommene Ungleichheit

Zur Messung der wahrgenommenen Ungleichheit gibt es unterschiedliche Konzeptualisierungen in der Literatur. In der vorliegenden Betrachtung geht es um den Blick der Bevölkerung auf die Struktur der Bevölkerung als Ganzes: Wie schätzt die Bevölkerung das Ausmaß der Ungleichheit in der Gesellschaft ein? Dieses Konzept ist von der Einschätzung der eigenen (Einkommens-)Position in der Gesellschaft und der oben herangezogenen Bewertung der Verteilungssituation zu unterscheiden.⁵

Eine Möglichkeit, die Höhe der wahrgenommenen Ungleichheit in einer Gesellschaft zu approximieren, bietet eine weitere Frage im ISSP zur vermuteten Gesellschaftsform in einem Land. Den Befragten werden jeweils fünf Diagramme mit idealtypischen Gesellschaftsformen und entsprechender Beschreibung vorgelegt, und sie sollen entscheiden, welche Gesellschaftsform ihr Land am ehesten beschreibt. Anders als beispielsweise Fragen zur Einschätzung von Lohnunterschieden setzt die Antwort eine Vorstellung der Befragten über die Verteilung der Bevölkerungsanteile auf sieben Gesellschaftsschichten voraus. Gemäß den gängigen Axiomen von Ungleichheitsmaßen stellt Typ D die Gesellschaftsform mit der geringsten Ungleichheit dar, Typ A – mit einem deutlichen größeren Anteil der Bevölkerung in den unteren Schichten – repräsentiert die größte Ungleichheit. Typ D und Typ E unterscheiden sich nicht in den Bevölkerungsanteilen im

5 Vgl. B. Schalembier: Measuring perceived income inequality: an evaluation of different methods, Statistical Conference (SIS 2015), Proceedings. In dem Beitrag werden die unterschiedlichen Konzepte, wahrgenommene Ungleichheit zu messen, diskutiert.

1 Zitiert aus WELT online vom 23. März 2014.

2 Vgl. <http://www.gesis.org/issp/modules/issp-modules-by-topic/social-inequality/>

3 Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf 23 europäische Länder, die ebenfalls in den European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) enthalten sind, und auf die USA, für die vergleichbare Mikrodaten vorliegen.

4 Vgl. J. Niehues: Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen – ein internationaler Vergleich, in: IW-Trends, 41. Jg. (2014), Nr. 2, S. 75-91.

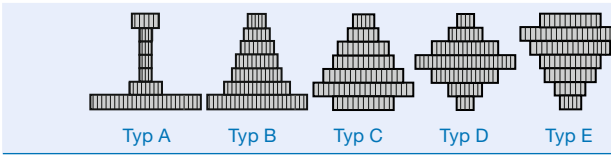
Dr. Judith Niehues ist Leiterin der Forschungsgruppe
Mikrodaten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

unteren Gesellschaftsbereich. Der Unterschied liegt darin, dass Typ D über eine größere Mittelschicht verfügt, Typ E hingegen über größere Bevölkerungsanteile in den oberen Schichten. Typ D symbolisiert somit einen geringeren durchschnittlichen Lebensstandard, aber ein geringeres Ungleichheitsniveau als Typ E. Bei der Wahl, welche Gesellschaftsform die Befragten sich für ihr Land wünschen würden, erhält Typ D über alle Länder hinweg die höchsten Antwortanteile (im Durchschnitt rund die Hälfte aller Antworten); es folgt Typ E (etwas mehr als ein Viertel der Antworten). Dies deutet stark darauf hin, dass das Ungleichheitsniveau in einer Gesellschaft bei den gesellschaftlichen Präferenzen eine Rolle spielt.⁶

Wie Tabelle 1 zeigt, vermuten insgesamt 54,2% der Deutschen, dass die deutsche Gesellschaft den Typen A oder B gleiche.⁷ Demnach ist die Mehrheit der Deutschen der Meinung, dass der Großteil der Bevölkerung in den unteren Gesellschaftsschichten verortet ist. Fasst man alle Antworten für die fünf zur Auswahl gestellten Gesellschaftsformen zusammen, gleicht die Wahrnehmung der Deutschen am ehesten einer Pyramide mit einer kleinen Elite oben, mehr Menschen in der Mitte und den meisten Menschen unten.

Soll diese subjektive Einschätzung der Ungleichheit mit der Realität verglichen werden, bietet sich die tatsächliche Einkommensverteilung an. Hier ist die Einteilung der Gesellschaft in ein „unten“, „Mitte“ und „oben“ natürlich nicht eindeutig zu treffen. Die Abgrenzung ist aber auch nicht beliebig: Verteilungsforscher definieren die Einkommensmittelschicht konventionell um das mittlere Einkommen (Medianeinkommen). Studien für Deutschland kommen trotz unterschiedlicher Abgrenzungen der Schichten immer wieder zum gleichen Ergebnis: Die meisten Menschen leben in der (Einkommens-)Mittelschicht, weniger Menschen im unteren Einkommensbereich und am oberen Ende gibt es eine langgestreckte Spitze des Reichtums. Mit dieser zwiebelartigen Form „unterscheidet sich die Ungleichheitsstruktur moderner, kapitalistischer Wohlfahrtsgesellschaften grundsätzlich von der anderer Gesellschaftstypen, insbesondere von der pyramidenförmigen Verteilungsstruktur früherer Epochen“.⁸ Das Ergebnis einer „Mittelschichtsgesellschaft“ in Deutschland wird bei Abgrenzungen nach sozio-kulturellen Merkmalen wie Beruf oder Bildungsniveau bestätigt und auch, wenn sich die Befragten selbst einer Schicht zuordnen. Das Ausmaß der Ungleichheit in der deutschen

Tabelle 1

Subjektiv wahrgenommene GesellschaftsformenZustimmung¹ im Jahr 2009 in %


	Typ A	Typ B	Typ C	Typ D	Typ E
Deutschland	18,8	35,4	23,0	18,6	4,2
Ungarn	56,6	32,3	6,0	3,7	1,4
Norwegen	2,1	10,8	23,6	56,4	7,1
USA	17,1	38,9	15,0	26,0	2,9

¹ Frage 14a (ISSP, 2009): Die folgenden Diagramme stellen verschiedene Gesellschaftsformen dar. Bitte sehen Sie sich zuerst alle fünf Diagramme und die dazugehörigen Beschreibungen an. Entscheiden Sie dann, welches Diagramm Ihrer Meinung nach der Gesellschaftsform in Ihrem Land heute am nächsten kommt.

Quelle: Ausgewählte Länder aus dem ISSP.

Gesellschaft wird somit im Durchschnitt pessimistischer eingeschätzt, als es die Schichtanalysen nahelegen.

In anderen europäischen Ländern vermuten die Befragten ebenfalls mehr Menschen in den unteren Gesellschaftsbereichen, als es der tatsächlichen Einkommensverteilung entspricht. Besonders pessimistisch ist die Wahrnehmung der Ungleichheit in einigen osteuropäischen Ländern. In Ungarn beispielsweise vermutet über die Hälfte der Bevölkerung, dass „die Masse der Bevölkerung unten“ (Definition Typ A) in der Gesellschaft verortet ist. Inklusive der Zustimmung für Typ B nehmen somit fast 90% der ungarischen Bevölkerung an, dass die meisten Menschen im unteren Gesellschaftsbereich leben. Entsprechend verwundert es nicht, dass dort 77,5% der Bevölkerung die Einkommensunterschiede als deutlich zu groß bewerten – obwohl das Land eine ähnlich geringe tatsächliche Einkommensungleichheit wie Norwegen aufweist (mit einem Gini-Koeffizienten in Höhe von 0,24).

Die Vorstellung einer pyramidenförmigen Gesellschaft dominiert aber nicht in allen Ländern: Die Einkommen in Skandinavien sind sehr gleichmäßig verteilt, die Einkommensmittelschicht deshalb sehr groß – und dessen sind sich die Bewohner durchaus bewusst. Die meisten Norweger beispielsweise sehen ihre Gesellschaft als idealtypisches Mittelschichtsmodell. Auf der anderen Seite konzentrieren sich die Einkommen aber auch nicht überall um das mittlere Einkommen. In den USA ist die Einkommensverteilung deutlich polarisierter. Trotz der deutlich höheren Ungleichheit in ihrem Land sehen die US-Amerikaner ihre Gesellschaft erstaunlicherweise ähnlich wie

⁶ Vgl. L. Kenworthy: Jobs with Equality, Oxford 2008.

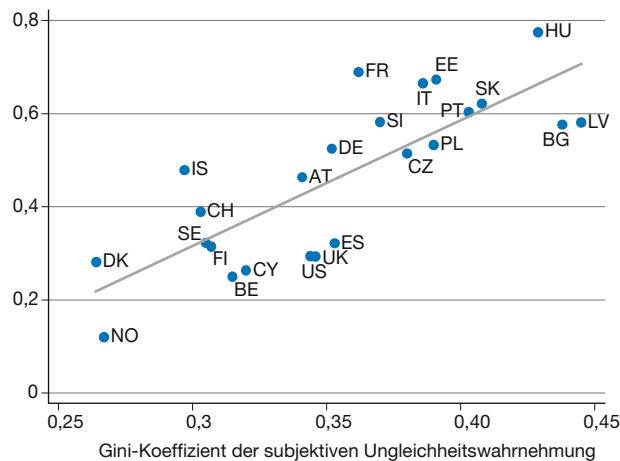
⁷ Eine Pretest-Befragung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) vom Jahr 2011 ergab nahezu exakt das gleiche Ergebnis: 54,3% der Bevölkerung stimmten für Typ A oder Typ B. Die subjektive Wahrnehmung der Gesellschaftsform ist somit gleichermaßen unabhängig vom Datensatz als auch robust im Zeitablauf.

⁸ Vgl. C. Burkhardt et al.: Mittelschicht unter Druck?, Gütersloh 2013, S. 17.

Abbildung 1

Bewertung von Einkommensunterschieden und subjektiv empfundene Ungleichheit, 2009

Zustimmung, dass Einkommensunterschiede im Land zu groß, in %



AT = Österreich, BE = Belgien, BG = Bulgarien, CH = Schweiz, CY = Zypern, CZ = Tschechien, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EE = Estland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, HU = Ungarn, IS = Island, IT = Italien, LV = Lettland, NO = Norwegen, PL = Polen, PT = Portugal, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UK = Großbritannien, US = USA.

Quellen: J. Niehues: Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen – ein internationaler Vergleich, in: IW-Trends, 41. Jg. (2014), Nr. 2, S. 75-91; ISSP; eigene Berechnungen.

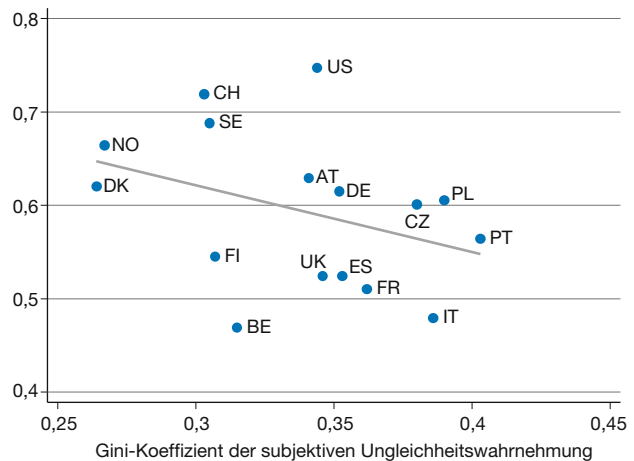
die Deutschen – es glauben nur noch mehr US-Bürger als Deutsche, dass sie in einer idealtypischen Mittelschichtsgesellschaft leben (Tabelle 1).

Diese Einschätzungen bezüglich der vermuteten Gesellschaftsform zeigen, dass sich die Gesellschaftsbilder in den betrachteten Ländern zum Teil deutlich unterscheiden. Um die Antworten zu den fünf Gesellschaftsformen in einem einzelnen Verteilungsmaß auszudrücken, wird unterstellt, dass die fünf abgebildeten Gesellschaftsformen jeweils unterschiedliche Bevölkerungsanteile in sieben Gesellschaftsschichten darstellen. Werden die Schichten als ordinale (Gesellschafts-)Skala von eins bis sieben interpretiert, lassen sich die Bevölkerungsanteile für die einzelnen Skalenwerte auch in gängige Verteilungsindikatoren wie einen Gini-Koeffizienten umrechnen. Aus den Einkommens- und Bevölkerungsanteilen lässt sich nach dem Prinzip der sogenannten Lorenzkurve ein standardisierter Gini-Koeffizient ermitteln. Dieser kann als empfundene subjektive Ungleichheitswahrnehmung der Gesellschaftsstruktur interpretiert werden. Je kleiner der Wert dieses subjektiven Gini-Koeffizienten ist, desto geringer ist die in der Gesellschaft wahrgenommene Ungleichheit. Wenn man den so ermittelten Gini-Koeffizienten der wahrgenommenen Ungleichheit der kritischen Bewertung der Einkommensunterschiede gegenüberstellt, ergibt sich ein

Abbildung 2

Vermögenskonzentration und subjektiv empfundene Ungleichheit, 2009

Anteil der oberen 10% am Gesamtvermögen, in %



Länderkürzel siehe Abbildung 1.

Quellen: ISSP, Credit Suisse Global Wealth Databook 2014, eigene Berechnungen.

Korrelationskoeffizient von 0,81 (vgl. Abbildung 1).⁹ Der deutliche, positive Zusammenhang zwischen den beiden Größen spiegelt sich auch in dem R-Quadrat wider: Die subjektive Ungleichheitswahrnehmung, gemessen am Gini-Koeffizienten, kann beinahe 65% der Variation in der Bewertung der Einkommensdifferenzen erklären.

Da im ISSP nicht konkret nach einer Aufteilung der Gesellschaft nach Einkommensschichten gefragt wird, stellt sich die Frage, ob man eine abstrakte Gesellschaftswahrnehmung mit einer konkreten Einkommensverteilung vergleichen kann. Grundsätzlich kann man die Bevölkerung nach vielen Kriterien in Schichten einteilen – z.B. nach Einkommen, Vermögen, Beruf und Bildung. Die Aufteilung einer Gesellschaft in ein abstraktes „oben“ und „unten“ ist aber in der Regel stark von der vermuteten Einkommensverteilung geprägt. Dafür spricht z.B., dass Fragen zur Einschätzung der konkreten Einkommensverteilung auffallend ähnliche Ergebnisse erzielen wie Fragen nach der abstrakten Gesellschaftsform. Aktuell steht neben der Einkommensungleichheit auch insbesondere die Vermögensungleichheit im Zentrum der Verteilungsdebatten. Dass die erkennbaren Länderunterschiede in der Wahrnehmung der Ungleichheit nicht auf Unterschiede in der Höhe der Vermögensungleichheit zurückgehen, verdeutlicht Abbildung 2: In Ländern mit einer höheren Vermögenskonzentration fällt die wahrgenommene Ungleichheit sogar eher geringer aus. Dies ist vor allem durch die skandinavischen Länder bedingt, die sich zwar durch eine geringe Einkom-

⁹ Vgl. J. Niehues, a.a.O.

mensungleichheit auszeichnen, aber keineswegs Länder mit einer ausgeprägt niedrigen Vermögensungleichheit sind.¹⁰ Daten für das Jahr 2009 sind allerdings nicht für alle hier betrachteten Länder verfügbar. Ergänzt man für die fehlenden Länder aktuelle Vermögensdaten, wird der negative Zusammenhang zwischen den beiden Größen noch stärker. Die osteuropäischen Länder – in denen eine sehr pessimistische Wahrnehmung der Ungleichheit vorherrscht – zeichnen sich durch eine vergleichsweise geringe Vermögenskonzentration aus.

Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenz

Das Medianwählertheorem sagt einen positiven Zusammenhang zwischen der Höhe der Einkommensungleichheit und staatlicher Umverteilung voraus.¹¹ Verfügt der im Mehrheitswahlrecht entscheidende Medianwähler über ein unterdurchschnittliches Einkommen, dann votiert er für mehr Umverteilung, von der er selbst profitiert. Empirisch konnte dieser positive Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Umverteilung allerdings nur selten bestätigt werden. Dies zeigen bereits prominente Länderbeispiele: Trotz der vergleichsweise hohen Einkommensungleichheit finden wohlfahrtsstaatliche Umverteilungsprogramme in den USA nur wenig Unterstützung in der Bevölkerung. In vielen europäischen Ländern sind die Einkommensunterschiede deutlich geringer. Gleichzeitig ist die staatliche Umverteilung in den europäischen Wohlfahrtsstaaten generöser und umfangreicher ausgestaltet. Die Unterschiede in den Umverteilungspräferenzen zwischen den USA und Europa können natürlich durch eine Reihe individueller und nationaler Faktoren begründet sein.¹² Eine Erklärung könnten beispielsweise bessere Aufstiegsmöglichkeiten in den USA sein. Allerdings zeigt hier die Forschung, dass höhere Einkommensungleichheit im Ländervergleich eher mit geringerer Einkommensmobilität einhergeht¹³ und auch die Chancengerechtigkeit in den USA geringer ausgeprägt ist als gemeinhin angenommen.¹⁴

Um das empirische Puzzle zwischen der Höhe der Ungleichheit und der Zustimmung zu staatlichen Umverteilungsprogrammen zu erklären, hat sich die Forschung zunehmend auf Daten zur subjektiven Einschätzung fokussiert. Cruces et al. zeigen beispielsweise mittels eines Survey-Experiments, dass Fehleinschätzungen der eigenen Einkommensposition in der Gesellschaft zu verzerrten Umverteilungspräferenzen führen können.¹⁵ Eine systematische Überschätzung der eigenen Position in der Gesellschaft könnte somit für die vergleichsweise optimistische Ungleichheitswahrnehmung in den USA verantwortlich sein – und damit auch für die geringere Umverteilungshöhe. Zieht man die subjektive Positionierung auf einer Oben-Unten-Skala heran und berechnet aus den individuellen Einschätzungen ein Ungleichheitsmaß, fällt dieses in allen Ländern geringer aus, als es die tatsächlich beobachtete Ungleichheit nahelegt.¹⁶ In Deutschland schätzen gemäß dieser Frage rund 60% der Bevölkerung, dass sie in die obere Hälfte der Gesellschaft gehören. Dass die eigene Einkommensposition im Durchschnitt überschätzt wird, ist in der Literatur keine neue Erkenntnis. Blümle erklärt dies z.B. dadurch, dass sich die Referenz der Befragten nicht auf den Einkommensdurchschnitt bezieht, sondern auf den häufigsten Wert der Einkommensverteilung (Modus). Dieser liegt gewöhnlich unterhalb des Medianeinkommens einer Gesellschaft.¹⁷

Im Ländervergleich zeigt sich jedoch kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Ungleichheit der Selbsteinschätzungen und der subjektiven Präferenz für Umverteilung. Als Indikator für die Zustimmung zu staatlicher Umverteilung wird hierbei die Zustimmung oder Ablehnung der Aussage „Es ist die Aufgabe des Staates, die Einkommensunterschiede zwischen den Leuten mit hohem Einkommen und solchen mit niedrigem Einkommen zu verringern.“ Die Frage aus dem ISSP gibt allerdings nur einen partiellen Einblick in die tatsächliche Umverteilungspräferenz, da zum einen die Kosten der Umverteilung in Form von höheren Steuern nicht berücksichtigt werden und zum anderen der Referenzpunkt für die Umverteilungshöhe nicht eindeutig ist. Es handelt sich aber um die besten verfügbaren Daten, um den vom Medianwähler-

10 Die hier dargestellten Vermögensdaten stammen von Credit Suisse: Global Wealth Databook 2014. Sie werden ebenfalls im medial breit diskutierten Wachstums- und Entwicklungsbericht des Weltwirtschaftsforums und im Oxfam-Armutsbericht verwendet.

11 Vgl. A. H. Meltzer, S. F. Richard: A rational theory of the size of government, in: Journal of Political Economy, 89. Jg. (1981), Nr. 5, S. 914-927.

12 Vgl. A. Alesina, E. Glaeser, B. Sacerdote: Why Doesn't the United States Have a European-style Welfare State?, Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 2, 2001, S. 187-254.

13 Vgl. M. Corak: Inequality from Generation to Generation: The United States in Comparison, in: R. Rycroft (Hrsg.): The Economics of Inequality, Poverty, and Discrimination in the 21st Century, Santa Barbara 2013, S. 107-126.

14 Vgl. J. Niehues, A. Peichl: Upper bounds of inequality of opportunity: theory and evidence for Germany and the US, in: Social Choice and Welfare, 43. Jg. (2014), Nr. 1, S. 73-99.

15 Vgl. G. Cruces, R. Perez-Truglia, M. Tetaz: Biased perceptions of income distribution and preferences for redistribution: Evidence from a survey experiment, in: Journal of Public Economics, Februar 2013, Vol. 98, S. 100-112.

16 Vgl. C. Engelhardt, A. Wagener: Biased perceptions of income inequality and redistribution, Discussion Paper, Nr. 526, Leibniz Universität, Hannover 2014.

17 Vgl. G. Blümle: Personelle Einkommensverteilung als Ausdruck eines Verteilungsgleichgewichts. Anmerkungen zur Relativierung des Ziels der personellen Einkommensverteilung, in: H. Mäding, F. L. Sell, W. Zohlnhöfer (Hrsg.): Die Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Politikberatung – Grundsatzfragen und Anwendungsbereiche, Festschrift für Theodor Dams, Berlin 1992, S. 209-225.

Tabelle 2

Erklärungsfaktoren von Umverteilungspräferenzen

Abhängige Variable: Zustimmung zu staatlicher Umverteilung im Jahr 2009

	Modell I		Modell II		Modell III		Modell IV	
	Koeffizient	T-Wert	Koeffizient	T-Wert	Koeffizient	T-Wert	Koeffizient	T-Wert
Subjektiver Gini-Koeffizient	–	–	–	–	2,061**	5,26	1,772**	4,88
Tatsächlicher Gini-Koeffizient	-0,004	-0,01	0,599	0,94	–	–	–	–
Logarithmiertes BIP pro Kopf	–	–	-0,040*	-2,23	–	–	-0,024*	-2,18
Anteil der über 64-Jährigen	–	–	0,286*	2,54	–	–	0,018*	2,30
Offenheitsindikator ¹	–	–	-0,010	-1,51	–	–	-0,006	-1,42
Konstante	0,329	1,70	0,766	1,81	-0,404**	-2,88	0,064	0,20
R-Quadrat	0,000	–	0,350	–	0,557	–	0,698	–

¹ Anteil ausländischer Direktinvestitionen am BIP; Anmerkungen: ** p < 0,01, * p < 0,05, n = 24.

Quellen: Eurostat; ISSP; PSID; Weltbank; eigene Berechnungen (vgl. Niehues, 2014, Tabelle 1).

theorem postulierten Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Umverteilungspräferenz zu überprüfen.¹⁸

Wie die Frage zur gewünschten Gesellschaftsform – und die Bevorzugung des idealtypischen Mittelschichtmodells – gezeigt hat, spielt auch die Ungleichheit an sich eine Rolle für die Präferenzbildung. Neben der eigenen Einkommensposition kann somit auch die Ungleichheit in der Gesellschaft direkter Bestandteil der individuellen Nutzenfunktion für Umverteilung sein. In einer Studie zu Großbritannien haben Georgiadis und Manning herausgefunden, dass wahrgenommene und gewünschte Lohnunterschiede eine wesentliche Determinante von Ungleichheitsaversion darstellen.¹⁹ Diejenigen, die große Lohnunterschiede wahrnehmen, stimmen eher für staatliche Umverteilung. Allerdings ist die Ungleichheitsaversion mit Blick auf die wahrgenommenen – und unterschätzten – Lohnunterschiede in Europa und den USA sehr ähnlich²⁰ und kann somit das Umverteilungspuzzle zwischen diesen Ländern nicht erklären. Allerdings enthält die Einschätzung über wahrgenommene Lohn-Differenziale keine Einschätzung der Befragten über die Größe einer bestimmten Beschäftigungsgruppe. Es schließt sich keinesfalls aus, dass die Befragten das Ausmaß der Lohnungleichheit unterschätzen und gleichzeitig den Anteil der Bevölkerung, der davon betroffen ist, überschätzen.

In einer einfachen OLS-Regression wird untersucht, ob der hier entwickelte Gini-Koeffizient für die wahrgenom-

mene Ungleichheit in der Gesellschaft die Variation in den Umverteilungspräferenzen zwischen den Ländern erklären kann. Die Regressionsanalyse über 24 Länder zeigt, dass die tatsächliche Höhe der Einkommensungleichheit keinen Einfluss auf die aggregierte Umverteilungspräferenz hat (vgl. Tabelle 2).²¹ Im Gegensatz dazu kann in einer bivariaten Regression allein die wahrgenommene Ungleichheit bereits knapp 56% der Variation in der Zustimmung zu staatlicher Umverteilung erklären. Die Ergebnisse sind nicht von der Aggregation der Antworten aus Tabelle 1 abhängig, denn auch die Verwendung der summierten Zustimmungssanteile für Typ A und Typ B führen zu ähnlichen Ergebnissen.

Aufgrund der kleinen Stichprobengröße von nur 24 Ländern kann kein umfangreiches Regressionsmodell geschätzt werden. Der Einfluss der subjektiven Ungleichheitswahrnehmung bleibt aber nahezu unverändert bestehen, wenn zentrale Kontrollvariablen wie das logarithmierte BIP als Wohlstandsindikator, der Anteil der über 64-Jährigen in der Bevölkerung und ein Offenheitsindikator ebenfalls in der einfachen Schätzung berücksichtigt werden. Darüber hinaus geht ceteris paribus ein höheres Wohlstandsniveau mit einer geringeren Zustimmung für staatliche Umverteilung einher. Die Berechnung standardisierter Regressionskoeffizienten zeigt aber, dass der Einfluss der subjektiven Ungleichheit den Wohlfahrtseffekt übertrifft. Ein höherer Anteil der älteren Bevölkerung hat erwartungsgemäß einen positiven Einfluss. Der Offenheitsindikator hat keinen signifikanten Einfluss. Weiterhin ist anzumerken, dass der Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren und unterschiedliche Arbeitslosenindikatoren keinen zusätzlichen Erklärungsbeitrag bezüglich der Variation in den Umverteilungspräferenzen leisten. Ebenso bleiben alle Effekte erhalten, wenn die USA als Ausreißer

18 Vgl. L. Kenworthy, L. McCall: Inequality, Public Opinion and redistribution, in: Socio-Economic Review, 6. Jg. (2008), Nr. 1, S. 35-68.

19 Vgl. A. Georgiadis, A. Manning: Spend it like Beckham? Inequality and redistribution in the UK, 1983-2004, in: Public Choice, 151. Jg. (2012), S. 537-563.

20 Vgl. L. Osberg, T. Smeeding: „Fair“ Inequality? Attitudes toward Pay Differentials: The United States in Comparative Perspective, in: American Sociological Review, 71. Jg. (2006), Nr. 3, S. 450-473.

21 Vgl. J. Niehues, a.a.O.

aus der Regressionsanalyse ausgeschlossen werden. Gimpelson und Treisman bestätigen die gefundenen Zusammenhänge für ein größeres Ländersample von 40 Ländern unterschiedlicher Entwicklungsniveaus.²² Sie finden, dass weder die tatsächlich gemessene Vor- noch die Nachsteuereinkommensungleichheit einen Einfluss auf die Zustimmung zu staatlicher Umverteilung haben. Je ungleicher allerdings die vermutete Gesellschaftsform in einem Land ist, desto eher befürwortet die Bevölkerung staatliche Umverteilung. Die wahrgenommene Ungleichheit wird in gleicher Weise gemessen wie der hier verwendete subjektive Gini-Koeffizient.

Ob der in der Befragung ausgedrückte Wunsch nach mehr Umverteilung tatsächlich auf eine höhere staatliche Umverteilung hinausläuft, wird an dieser Stelle nicht näher untersucht. Zwischen den hier gemessenen Umverteilungspräferenzen und der tatsächlichen Höhe der Sozialausgaben besteht im Querschnittsvergleich kein Zusammenhang. Gegen diesen Zusammenhang sprechen beispielsweise die skandinavischen Länder, die den Staat deutlich weniger in der Verantwortung sehen, die Einkommensunterschiede im Land zu reduzieren. Diese Länder zeichnen sich aber bereits durch ein deutlich überdurchschnittliches Umverteilungsniveau und eine vergleichsweise geringe tatsächliche Ungleichheit – die von der Bevölkerung auch als gering wahrgenommen wird – aus. Insofern könnte die im ISSP ausgedrückte Umverteilungspräferenz ein Indikator für zusätzliche Umverteilungsprogramme sein. Um aber kausale Zusammenhänge zwischen Ungleichheitswahrnehmung und faktischer Umverteilung zu untersuchen, wäre eine Betrachtung der Veränderungen im Zeitablauf notwendig. Aufgrund der mangelnden Datenlage zu subjektiven Verteilungsindikatoren ist diese aber aktuell noch nicht durchführbar.

Fazit

Mithilfe von internationalen Befragungsdaten zu subjektiven Einstellungen lässt sich zeigen, dass es im Ländervergleich nahezu keinen Zusammenhang zwischen der tatsächlichen Verteilung der Einkommen und der kritischen

Bewertung von Einkommensdifferenzen gibt. Allerdings werden ähnliche (Einkommens-)Ungleichheiten in einzelnen Ländern sehr unterschiedlich wahrgenommen. Im Gegensatz zur tatsächlichen Einkommensverteilung kann die subjektiv empfundene Ungleichheit in einer Gesellschaft einen Großteil der Variation in der Bewertung von Einkommensunterschieden erklären. Ebenso hängen die Umverteilungspräferenzen stark mit der Ungleichheitswahrnehmung zusammen. Die Ergebnisse dieser einfachen Schätzungen können eine Erklärung dafür liefern, warum in den ländervergleichenden Analysen selten der erwartete Effekt von Einkommensungleichheit auf Umverteilung zu finden ist. Von der Ungleichheit ist nur dann ein Effekt zu erwarten, wenn diese auch wahrgenommen wird. Die Ergebnisse können somit eine mögliche Erklärung dafür bieten, weshalb Umverteilungsprogramme in vielen europäischen Staaten einfacher Mehrheiten finden als in den USA.

Die vorliegende Querschnittsbetrachtung kann keine kausalen Antworten darauf liefern, warum die wahrgenommene Gesellschaftsform nicht mit der tatsächlichen Verteilungssituation übereinstimmt. Warum nehmen die Amerikaner ihre Gesellschaft eher als Mittelschichtsmodell wahr als viele Europäer? Diese Beobachtung drängt die Forschungsfrage auf, wodurch sich Unterschiede in der wahrgenommenen Ungleichheit erklären lassen – die signifikant mit der kritischen Bewertung der Einkommensunterschiede und dem Wunsch nach mehr Umverteilung zusammenhängen. Die Ergebnisse deuten darüber hinaus auf einen entgegengesetzten Zusammenhang zwischen der negativen Einschätzung der Ungleichheitssituation in einem Land und dem absoluten Wohlstandsniveau hin. Viele US-Amerikaner aus dem unteren Einkommensbereich gehörten – auch bei Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede – in Ungarn in deutlich höhere Einkommensbereiche. Insofern könnte die wahrgenommene Ungleichheit in der Gesellschaft stärker mit dem absoluten Lebensstandard zusammenhängen als gemeinhin angenommen. Hierzu passt, dass auch die eingangs zitierte Einschätzung der Gerechtigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den vergangenen Jahren stärker mit der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes als mit der Entwicklung der Höhe der Einkommens- oder Vermögensungleichheit zusammenhängt.

²² Vgl. V. Gimpelson, D. Treisman: Misperceiving Inequality, NBER Working Paper, Nr. 21174, 2015, S. 22.

Title: *Perception of Inequality and Reality: An International Comparison*

Abstract: *Based on a cross-national comparison, there is virtually no empirical relationship between the actual size of income inequality within a country and how critically people view these income differences. This finding is revealed by subjective inequality data on 23 European countries and the US. Instead, views on income distribution can be far better explained by the subjective perception of inequality within a society. Similarly, redistributive preferences are less influenced by actual distribution than by perceived inequality.*

JEL Classification: D31, H53, C81